

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 RM. — Durch die Post bezogen 2.— RM. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72200. **Postkonto: Leipziger Buchdruckerei G. G., Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Berlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72204

Inseratenpreise: Die Mainzeit, Kolonellsche 35 Pfg., der Blattvordruckt 40 Pfg. Stellenangebote 10gehr. Kolonellsche 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gehr. Kolonellsche mit 30% Nachsch. Reklamesche 2 RM. Inserate v. ausw.: die 10gehr. Kolonellsche 40 Pfg. bei Blattvordr. 60 Pfg., Reklamesche 2.25 RM.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Nacht-Groschenjungen in der SPD

Die Thälmann-Korruption im Thüringer Bezirk

Im Bunde mit der Polizei

Der thüringische Landtagspräsident, Genosse Leber, erhielt dieser Tage einen Brief, dessen Wortlaut wir nachstehend folgen lassen. Der Schreiber „Niki“ heißt in Wirklichkeit Nikolaus Pabst. Er wohnt in Jena und ist erst vor kurzer Zeit aus Moskau zurückgekehrt. Pabst ist jener Turkestaner, der nach der Faschistrevolution in der Redaktion der Jenaer Neuen Zeitung den Auftrag erhielt, die „rechten Schweinereien“ in Thüringen zu bejähren. Der Empfänger des Briefes, „Genosse Fritzi“ ist der politische Redakteur des kommunistischen Gothaer Volksblattes, Heineemann. Niki hatte versehentlich seinen Brief in ein Kuvert gesteckt, das an den thüringischen Landtagspräsidenten gerichtet war und dieser verlas ihn dann von der Tribüne des thüringischen Landtages herab. Das Schreiben lautet:

Jena, den 18. November 1928.

Lieber Genosse Fritzi!

Du schreibst mir, daß ich in der Gothaer Mitgliederversammlung sehr unglücklich operiert habe. Du mußt mir zugute halten, daß ich erst seit kurzer Zeit wieder in Deutschland bin und deshalb nicht wissen kann, was sich in Thüringen alles nach 1923 abgespielt hat. Das Mittel, was die Rechten in Gotha gegen die Partei auszuspielen, war mir nicht bekannt. Du mußt mir in jedem Punkt Verständnis geben. Mit Genossen Zimmermann habe ich schon einige Sachen durchgesprochen. Er sagt, daß leider alle Behauptungen wahr sind. Zimmermann sagt: Die Zentrale schickte den Genossen Dähnhardt 1924 nach Jena und den Genossen Kohl nach Gotha. Dähnhardt ist von Kessler als Polizeispitzel entlarvt worden, auch Kohl Dähnhardt an der Unterschlagerung der 6000 Mark der Neuen Zeitung beteiligt sein. Kohl kam nach Gotha und wurde von der UBZ (Unterbezirksleitung) nicht anerkannt. Kohl hat darauf einen Kreis Genossen um sich gesammelt und in der Wohnung des Genossen Kocher die Genossen aufgefordert, die Mitglieder der gesamten UBZ der Polizei auszuliefern, und zwar nach folgendem Plan: Zum 1. Mai wird eine Demonstration gemacht, die UBZ muß an die Spitze; wenn nun die Demonstration zum Rathaus kommt, geht ein Genosse zur Polizei und meldet, daß die führenden Genossen bewaffnet sind und einige Genossen fordern dafür, daß in den Zusammenkünften mit der Polizei die UBZ-Mitglieder erledigt werden. Die Gothaer Rechte weiß, daß unser Genosse Kohl noch Parteiangestellter ist. Wie Du mir mitteilst, verbreiten die rechten Genossen in Gotha das Gerücht über mich, ich hätte 1923 beim Waffentausch in Suhr 3000 Dollar unterschlagen. Das ist natürlich Schwindel. Ein anderer Genosse hat diese Schweinerei begangen. Weiter wird behauptet, daß der Exkurreter Genosse Kessermann durch anonyme Briefe Parteigenossen verdächtigt hat. Kessermann hat das zugegeben. Dähnhardts Behauptung über die 500 000 Mark der Zentrale mußt Du in Gotha abstreiten. Ueberhaupt hast Du in Gotha noch wenig gegen die Rechte durchgehört. Deine Angriffe im Volksblatt müssen geschickter ausgearbeitet werden. Dähnhardt und Konforten sind die Gefährlichsten, sie müssen von den Mitgliedern getrennt werden. Es muß sich doch in Gotha ein Genosse finden, der behauptet, daß Dähnhardt mit Sozialdemokraten in seiner Wohnung Zusammenkünfte hat. Ich denke an den Genossen Meißner. Du sagtest mir letztens, daß Genosse Lindemann Material gegen Dähnhardt hat. Das muß ich unbedingt haben.

Deine Ansicht, Rühr nicht mehr als Lokalredakteur zu behalten, teile ich auch. Auch der Genosse Lindemann vertrat diesen Standpunkt. Doch müssen wir damit noch warten. Erst müssen wir in Gotha die Rechten erledigt haben, dann bauen wir Rühr ab. Ich denke dann, den Genossen Härzer nach Gotha zu bringen. Deine Eingekommenheit für Selske begreife ich nicht. Selske ist ein ganz gefährlicher Purtsche. Da stehen wohl Weiberjachen dahinter. Dein Niki ist ja ein hübscher Kerl. Gruß Niki.

In der SPD-Presse und demnächst auch in der SAZ wird der Austritt eines Abgeordneten namens Franz aus der thüringischen Landtagsfraktion ressamenschaft ausgezogen. Franz, der im Meuselwitzer Bezirk beheimatet ist, hatte sich bei Gemeinderatswahlen an die Spitze von Querlisten gestellt, die sich gegen die sozialdemokratischen Kandidaten richteten. Er wurde demzufolge mit vollem Recht ausgeschlossen, woraus sich ergibt, daß die Sozialdemokratische Partei ernsthaft danach strebt, ihre eigenen Reihen reinzuhalten. Demgegenüber aber halte man das Schreiben des kommunistischen „Genossen Fritzi“, das erkennen läßt, welche Elemente dort seit Jahren ihr Unwesen getrieben haben. Man scheut nicht, die Polizei gegen die eigenen Genossen zu mobilisieren, um sich so der Anklage zu erwehren, die das Bestreben haben, den stinkenden Korruptionsumpf auszuräumen. In Thüringen finden am kommenden Sonntag die Gemeinderatswahlen statt, und wenn nicht alles täuscht, wird dieser Brief Wunder wirken.

Spaltung der SPD in Stettin

Verfall der Stadtverordnetenfraktion

Der Vorwärts berichtet: Das Durcheinander in der Stettiner SPD hat jetzt durch die Spaltung der neun Mann starken Stadtverordnetenfraktion seine Krönung gefunden. Mehrere „rechte“ Stadtverordnete hatten vor einiger Zeit gegen die Weisung der Bezirksleitung, für die Unterstützung der nicht organisierten streikenden Werftarbeiter einzutreten, rebelliert, indem sie, als die Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung stand, den Sitzungssaal verließen. Wie vorauszu sehen, ist dieser offene Aufstand Ausgangspunkt schwerer Auseinandersetzungen geworden. Nachdem zunächst die Bezirksleitung den hier in Frage kommenden Disziplinbrechern nur eine Rüge erteilt hatte, hat sich nunmehr die sogenannte pommerische „Parteiarbeiterkonferenz“ mit dem Fall befaßt und ihr Urteil gesprochen. Sie beschloß, der Bezirksleitung zu empfehlen, die Stadtverordneten Höft und Blech aus der Kommunistischen Partei auszuschließen und den Stadtverordneten Griehl aufzufordern, sein Mandat niederzulegen. Die Thälmannisten in der Bezirksleitung haben diesem Urteilspruch in einer Sitzung, die sie dem Strafgericht der Parteiarbeiterkonferenz auf dem Tische folgen ließen, sofort Rechnung getragen. Da die Kandidatenliste der SPD zur Stettiner Stadtverordnetenversammlung inzwischen erschöpft ist, bedeutet das die völlige Zersplitterung der Fraktion. Gegen den vierten Mitarbeiter ist deshalb vorläufig von weiteren Maßnahmen abgesehen worden, weil er inzwischen in aller Form Absicht geäußert und künftighin zu gehören geseht hat.

Ernte und Lebensmittelkrise in Rußland

Von Olga Domanevskaja.

Die Lebensmittelkrise in der Sowjetunion wird immer härter und wirft das Land heinabe in die Bedingungen der Zeit des „Kriegs Kommunismus“ zurück. Welches sind die Ursachen dieser Erscheinungen im gegenwärtigen Zeitpunkt? Die Sowjetregierung behauptet, daß die diesjährige Ernte hinter der vorjährigen nicht zurückbleibe. Doch ist nicht die Bruttoernte ziffer entscheidend, sondern die qualitative Zusammensetzung der Ernte. Indes ist die Ernte der Futtergetreide (Gerste, Hafer) größer, die Roggen- und Weizen-ernte dagegen niedriger als im Vorjahr, und zwar — nach sowjetamtlichen Angaben — um 9 bis 10 Prozent. Die Situation wird noch weiter verschlimmert durch die geographische Lagerung der Ernte. Die Kornkammer Rußlands, die Bezirke der Ukraine, des Nordkaukasus, der mittleren Wolga, ist in diesem Jahr von einer Missernte betroffen. Viele getreideproduzierende Gouvernements können nicht nur kein Getreide auf den Markt bringen, sondern hungern selbst und bedürfen der Staatshilfe. Die Ernte hat sich weiter nach dem Osten verschoben. Ein Teil des Wolgagebietes, das Uralsgebiet und Sibirien, sind die wichtigsten Bezirke, die in diesem Jahre Rußland mit Getreide versorgen. Damit aber die zentralrussischen Bezirke mit Getreide versorgt werden können, muß es einen Eisenbahnweg von vielen tausend Kilometer zurücklegen. Die Eisenbahn muß beschleunigt Hunderttausende von Tonnen Getreide transportieren, ihre Leistungsfähigkeit entspricht aber in keiner Weise solchen Anforderungen. Die Silos sind überfüllt, das Getreide lagert auf den Bahnhöfen, verkauft teilweise, seit das Regenwetter eingesetzt hat, im Freien.

Obgleich seit dem Beginn der Getreidebeschaffungslampagne, in den Monaten Juli bis Oktober, mehr Getreide aufgebracht worden ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres, reicht das Getreide in den Städten und in den ländlichen Getreideverbrauchergebieten wegen der Transportchwierigkeiten nicht aus, und die Bevölkerung ist bereits gezwungen, um aus schlechtem Mehl gebackenes Brot zu kaufen, viele Stunden vor den Geschäften anzustehen. Das Weißbrot wird für gewöhnlich gar nicht verkauft. Es fehlt aber nicht nur an Brot. Auch andere Lebensmittel, Butter, Eier, Pflanzenöl sind knapp; es fehlt auch an Zucker, Kaffee und Reis. Landwirtschaftliche Produkte wie Butter und Eier sind auf dem Markt nicht vorhanden, weil die Bauern es für vorteilhafter halten, sie in der eigenen Wirtschaft zu verbrauchen, statt sie zu unverhältnismäßig niedrigen Preisen abzugeben. Zucker und Pflanzenöl werden vom Staat hauptsächlich in die Getreideüberschussbezirke gebracht, damit die Bauern dagegen Getreide liefern. Und Kaffee, Tee und Reis werden gegenwärtig in Rußland zu Luxusartikeln, die man nur mit Mühe und Not erlangen kann, weil der Staat genötigt ist, die Einfuhr aus dem Ausland einzuschränken.

Die Lebensmittelknappheit führt dazu, daß sich vor den Läden und Geschäften „Schlangen“ bilden. Die Arbeiter, die von der Arbeit erst spät heimkehren, bleiben ohne Lebensmittel. Um sich rechtzeitig nach Lebensmitteln anzustellen, muß man entweder zur Arbeitsstelle zu spät kommen oder die Arbeit ganz versäumen. In der Praxis hat sich bei der Verteilung der Lebensmittel bereits eine Art von Kartensystem herausgebildet, da die Verkaufsstellen der Genossenschaften bestimmte Höchstgrenzen für die Abgabe von Lebensmitteln festgesetzt haben und den Verkauf registrieren.

War die Situation eine solche schon zu einer Zeit, wo das Ergebnis der Getreidebeschaffung im allgemeinen zufriedenstellend war, so stellen sich die Zukunftsaussichten noch ungünstiger. In den ersten Monaten der Getreidebeschaffungslampagne werden gewöhnlich größere Mengen Getreide auf den Markt gebracht. In den ersten Monaten nach der Einbringung der Ernte pflügen die Bauern Produktionsmittel und Verbrauchsgüter einzutauschen und zu diesem Zweck Getreide zu verkaufen. In die gleiche Zeit fällt auch die Zahlung des größten Teils der Landwirtschaftsteuer, die für die Bauern mit den wesentlichsten Anreiz zur Realisierung der Ernte bildet. Im November schon geht die Bedeutung dieser Faktoren zurück: die wichtigsten Bedürfnisse der Bauernwirtschaft sind befriedigt, die Steuern sind zu einem erheblichen Teil bezahlt, so daß der Zwang zum Getreideverkauf gemildert ist, es kommt die Zeit für den Verkauf anderer Agrarprodukte, Flachs, Fleisch usw. Andererseits verhindert der durch das Herbstwetter bedingte schlechte Zustand der Wege und Landstraßen den Transport des Getreides zu den Silos und Eisenbahnhöfen.

Alle diese Umstände wirken außerordentlich erschwerend auf den weiteren Fortgang der Getreideaufbringung. Die Bauern können nunmehr im wesentlichen wieder nur durch die Lieferung von Industriewaren zur Abgabe von Getreide bewegt werden. Meldungen, die aus den verschiedensten Bezirken einlaufen, zeigen, daß in dieser Richtung die Situation sich gegenüber dem Vorjahre nicht nur nicht verbessert, sondern sogar eher verschlechtert hat. — und im vorigen Jahr ist die nötige Unmöglichkeit, das Dorf mit den von ihm benötigten Waren zu versorgen, deutlich genug zutage getreten. In der Prawda vom 14. November heißt es in einem Bericht

Der Stadtrat von Tokio verhaftet

SPD Berlin, 26. November. (Radio.)

Der japanische Justizminister hat den gesamten Stadtrat von Tokio verhaften lassen, weil Unterschlagungen in Höhe von 10 Millionen Yen aufgedeckt sein sollen. Unter den 90 Verhafteten befinden sich bekannte Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben. Die Verhaftung wird als ein neuer Schlag des reaktionären Ministerpräsidenten Tanaka gegen die Opposition angesehen.

Not in Peking

III London, 24. November.

Die Zustände in Peking, die sich seit Verlegung der Regierung nach Nanking ständig verschlechtert haben, nähern sich dem Chaos. Der Nahrungsmittel- und Brennstoffmangel ist außerordentlich drückend geworden. Die Straßenbahnen haben, nachdem sie ihre Forderungen auf volle Bezahlung für den Transport von Soldaten nicht durchsetzen konnten, sich geweigert, überhaupt noch Fahrgehalt entgegenzunehmen, so daß gegenwärtig jeder umsonst fahren kann.

Dokumentendiebstahl

Abendspätermeldungen geben eine Meldung des Bukarester Konsulats wieder, wonach aus dem Staatsarchiv ein Dokument über den Anschluß des Banats an Rumänien verschwunden ist, das am 1. Dezember 1918 in Alba Julia von Mitgliedern des Banatarumänischen Nationalrates, darunter von dem derzeitigen Minister Gener Popa, unterzeichnet worden ist. Es sei festgestellt worden, daß der Täter eine vornehme Privatperson ist, die das Dokument zu unansehnlichen Machenschaften verwenden wollte.

Erfolg der Rüstungspolitik

Polen und die Rheinlandräumung

III Warschau, 24. November.

Die polnischen Rechtsparteien und die Piast-Partei haben gestern im Sejm den Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Regierung möge alle Schritte unternehmen, damit dem Artikel 42 des Vertrages von Versailles Genüge geschieht, in dem bestimmt wird, daß die Räumung des Rheinlands mit einer genügenden Bürgschaft gegen deutsche Angriffs-handlungen verbunden sein müsse. Zur Stützung des Antrags wird Bezug genommen auf die Reichstagsausprache vom 15. und 16. sowie vom 19. und 20. November, in denen festgestellt worden sei, daß die deutschen Rüstungen gegen Osten, vor allem gegen Polen gerichtet seien, sowie daß die Vertreter verschiedener Parteien die Forderung einer Verringerung der deutsch-polnischen Grenze erhoben hätten, endlich, daß am 15. September in Genf die Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlandräumung angebahnt worden seien.

Lettlands neue Regierung

DE Riga, 24. November.

Nach längeren Beratungen und Auseinandersetzungen der Parteien ist nunmehr die neue Regierung gebildet worden, die sich in erster Linie auf den lettischen Bauernbund stützt, dessen Mitglied Jelmin Ministerpräsident wird. Das Außenministerium behält Balodis, da sein Verbleiben von den meisten Parteien gewünscht wird. Das demokratische Zentrum beteiligt sich an der Regierungskoalition nicht. Ein Ministerpostenfille ist der deutschen Fraktion vorbehalten.